

# Russkaja Post

Erscheint 2mal wöchentlich:  
am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 30 Rbl. für 1 Mt. Anzeigen:  
die 2mal gespaltene Kleinzeile auf der ersten  
Seite 4 R., auf der 4. Seite 3 R.

Adresse: h. Redaktion u. d. Geschäftsstelle: Kirchenstr.  
Kirovskaja, 27, neben der deutschen Bibliothek.  
Geschäftsstunden (außer an Sonn- u. Feiertagen)  
von 11—1 Uhr vorm. (zu fragen nach W. Bauer).

Nr. 23: Sonntag, den 21. März 1920. 12. Jahrgang.

Volkshaus Subalow.  
**Deutsche Dramatisch-Musikal. Vereinigung.**  
Mittwoch, den 24. März:  
**Goethe-Abend.**  
Reichhaltiges Programm.  
Eintrittskarten bei Herrn Zahnarzt Prissmann und  
im Café Hoene.  
**Eine Wärterin (deutsche)**  
Gesucht zu einem siebenmonatlichen Kinde.  
Kommandationen sind erwünscht. Adresse: Гу-  
либская 47 кв. 1. 2-2

**Der politischen Umwälzung in Deutschland.**  
Wir haben bereits in der vorigen Nummer, in der  
Abteilung „Zur politischen Lage“, in Kürze über die neue  
politische Umwälzung in Deutschland berichtet. Wie  
schon vor sich gegangen ist, davon hat man bisher nur  
wenig erfahren. Alles, was wir hierüber wissen, beruht  
auf Mittellungen, die teils aus bolschewistischen Quellen  
kommen, teils französischen oder englischen Ursprungs sind.  
Auf deutscher Seite ist noch keine Meldung hierher ge-  
gangen, die ja allein vollen Glauben verdient. Immerhin  
läßt die Tatsache der Umwälzung nicht in Zweifel zu  
setzen. — Unter welchen Umständen sie erfolgt ist? Dar-  
über ist aus Lyon nach Moskau vom 15. d. Mts. nach-  
sendendes gemeldet worden: „In Berlin hat eine monarchisch-  
kaiserliche Umwälzung stattgefunden. Die Kaiserin Ni-  
kolaja, welche sich 20 Kilom. abseits von Berlin befand, ist in die  
Flucht emigriert. Im Laufe der Nacht auf d. 14. 3. haben  
die Befehlshaber der Truppen mit der Regierung Schweb-  
deln Verhandlungen geschlossen, aber der Ministerrat hat  
ihre Forderungen abgelehnt. Die Truppen haben  
die Regierungsgebäude und die Redaktion der Zei-  
tung „Vorwärts“ besetzt. Es ist eine Proklamation über  
die Umwälzung der Regierung und Auflösung der Grundgesetzge-  
benen Versammlung sowie den Übergang der Gewalt in die  
Hand v. Rapp's ergangen, welcher insgesamt mit Admiral  
Kornilow die „vaterländische Partei“ gründete und den Titel  
„Kaiserlicher und Preussischer Premier“ angenommen hat,  
während General v. Kuitow Oberbefehlshaber der Armee ge-  
worden ist. Ebert und Noske haben im Namen ihrer  
Regierung ein Manifest erlassen, in welchem sie der Arbeiter-  
bewegung anempfahlen, auf die Staatsumwälzung mit dem all-  
gemeinen Ausnahmestand zu antworten. Einschießen sind keinerlei  
Berichten über etwaige Unruhen eingetroffen, und man  
ist nicht, ob die Bewegung auch die Provinz ergreifen  
wird. Die Partei der Mehrheits-Sozialisten und die Mit-  
glieder der Präsidents aller Parteien, welche zum Bestande  
der alten (Koalitions-)Regierung gehören, haben sich mit  
dem Ausnahmestand das Volk gewandt. Der allgemeine Ein-  
druck ist der, daß in der Berliner Bevölkerung sowie bei  
den Truppen vollkommene Ruhe herrscht. Wie verlautet,  
ist in Magdeburg der Generalstreik begonnen haben. —  
Berlin wurde nach Moskau vom 15. d. Mts. gemeldet:  
v. Rapp erklärte im Gespräch, daß die neue Regie-  
rung sehr wohl die Möglichkeit einer Opposition von Seiten  
des Gros der Arbeiter einsehe. Die Regierung beabsichtigt  
es, im Falle Hervortretens dieser mit feindlichen Kund-

gebungen, letztere vor Grund aus unwirksam zu machen,  
mit anderen Worten — sie gewaltfam zu unterdrücken, und  
die Arbeiter all der Rechte und Vorzüge für verlustig zu  
erklären, die sie erst unlängst erworben haben. Auf allen  
öffentlichen Gebäuden Berlins ist die schwarz-weiß-rote  
Fahne gehißt worden. Der Aufstehortort der neuen Re-  
gierung ist mit einem Drahtverhau umgeben. Die Re-  
gierungsbauer, mit dem Präsidenten an der Spitze, ist aus  
Berlin nach Dresden abgereist. Die Bevölkerung von Ber-  
lin verhält sich zu der neuen Umwälzung gleichgültig. Das  
Straßenleben verläuft normal, die Arbeit an den Fabriken  
dauert an. Die neue Regierung hat eine Proklamation  
verbreiten lassen, in welcher sie sich „Regierung der Frei-  
heit und Ordnung“ nennt und verspricht, die Bedingungen  
des Versailles Friedens in gehöriger Weise zu beobachten.  
Die neue Regierung nimmt Kritik in Rede; daß sie die  
Wiederherstellung der Monarchie oder die Errichtung einer  
Einzel-Diktatur anstrebe. In einer halbamtlichen Erklärung  
verspricht die neue Regierung ferner, die Beteiligung der  
arbeitenden Klassen an der Verwaltung des Landes sicher-  
zustellen und in Kürze Neuwahlen in die Volksvertretung  
in Gemäßheit der bestehenden republikanischen Verfassung  
auszuführen. — Ein englischer Funkpruch, gleichfalls  
vom 15. 3., besagt, daß die Regierungen von Bayern,  
Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen miteinander über  
gemeinsames Vorgehen gegen die Kontro-Revolution ver-  
handeln. Der Reichswehr-Minister Koste habe sich an die  
Spitze der sächsischen Truppen gestellt. Weiter heißt es da-  
selbst, daß die Regierungen der Verbandsmächte mit ganzer  
Aufmerksamkeit die Ereignisse in Deutschland verfolgen und  
daß der Oberste Rat Maßnahmen vorbereite „für den Fall  
unvorhergesehener Umstände, die auf die Erfüllung des  
Friedensvertrages von Einfluß sein könnten“. Im übrigen  
wird in diesem Funkpruch betont, die neue Regierung suche  
sich wohl möglichst den Anstreich zu geben, als sei sie weder  
reaktionär, noch monarchisch gesinnt, aber „allein schon der  
Umfang, daß Rangler und Haupt der neuen Regierung der  
bekannte Altschweizer (Pangermanik) Dr. v. Rapp und Mi-  
nister der Landesverteidigung der bekannte Monarchist und  
Pangermanik General v. Rüttow seien, kennzeichne die  
neue Bewegung zu Genüge als eine reaktionär,  
monarchistische.“ — Späteren Radiogrammen (Funkprüchen)  
entnehmen wir, daß im Rheinlande, in dem Industriebezirk  
von Weßfalen und in all den obengenannten süddeutschen  
Gebieten, aber auch in vielen Handels- und Industriezent-  
ren des nördlichen Deutschlands eine grandiose Streikbe-  
wegung Platz gegriffen habe, die das öffentliche Leben voll-  
ständig lähmegelegt hat u. die Erziehung der gesamten  
Bevölkerung in bedrohlicher Weise gefährdet. Der Verkehr  
auf den Eisenbahnen u. Land- u. Wasserwegen hat aufge-  
hört, Post- und Telegraph funktionieren nicht mehr, die  
Gas- und Elektrizitätswerke haben den Betrieb eingestellt,  
die Wasserversorgung unterbleibt, die Geschäfte sind durch-  
weg geschlossen, die Handwerker arbeiten nicht, die Läden  
können nicht beheizt werden, usw. Auch in Berlin sollen  
die meisten Fabriken stillstehen und der Straßenverkehr  
durch unzählige militärische Kontrollposten fast behindert  
sein. Nur in dem Befestigungsgebiet längs des Rheines ist  
der Ausnahmestand kein allumfassendes, da die Okkupationsbe-  
hörden für gewisse Betriebe, namentlich solche, die sich auf  
die öffentliche Wohlfahrt beziehen, die Fortsetzung der Ar-  
beit angeschlossen haben. Die Garnisonen in den Städten  
des Nordens, vereinigt auch in anderen Teilen Deutsch-  
lands, sollen allerdings zur neuen Regierung halten, und

ist es insofern bereits mehrfach zu ersten Zusammen-  
stößen zwischen Militär und Bürgerschaft gekommen. — Zur  
ganzen gewinnt man beim Lesen der Telegramme, die  
einander freilich öfters widersprechen, den Eindruck, daß  
in Deutschland der Bürgerkrieg vor der Tür steht, dessen  
verheerende Wirkung gar nicht abzusehen ist, falls nicht  
eine Einigung zwischen beiden Regierungen erzielt wird,  
noch ehe die Kriegesurie das ganze Land in Brand steckt.  
Die französische Presse („Matin“, „Reit Parisien“  
u. a.) weiß — auffallenderweise — heute schon zu be-  
richten, daß diese erwünschte Verständigung unmittelbar  
nach der vermeintlichen Umwälzung erfolgt sei und daß  
somit von einer solchen kaum die Rede sein könne, wohl aber  
von einer „Komödie“, die beide Regierungen nur zu dem  
Zweck spielten, um sich um die Erfüllung des Versailles  
Vertrages herumzudrehen! Statt der Linksmänner würden  
die Gemäßigteren aus Staatsruher treten, um das Staats-  
schiff an den getäuschten Franzosen und den übrigen En-  
tentemächten vorüber zu leiten! Die Bestätigung dieser sen-  
sationellen Darstellung der Vorgänge in Berlin bzw. in  
Deutschland im allgemeinen bleibt abzuwarten. — Die alte  
Regierung hat sich hernach in der Person ihrer hauptsächlich-  
sten Vertreter nach Stuttgart begeben, wohin sie auch die  
Nationalversammlung berufen hat. — Ein solches Funk-  
spruch vom 16. d. Mts. konstatiert das Gerücht, daß Ge-  
neral Ludendorff zum Diktator ernannt werden soll.  
In der Beurteilung des Charakter der Umwälzung  
herrscht in der sozialistischen Presse die Ansicht vor, daß  
es sich hierbei lediglich um ein „sinnloses Beginnen“, um  
ein „Abenteurer“ handle, das ähnlich wie die Kollaps-  
Denksache Sagen-Revolution am Widerstand der so-  
zialistisch denkenden und fühlenden breiten Volksmassen  
scheitern werde. Die neue Regierung könne eben schon auf  
eine ganze Reihe von Schwierigkeiten und Hindernissen.  
Ihre Befehle würden nicht erfüllt. Drei Generale hätten  
bereits um ihren Abschied gebeten. Daß die Reaktion in  
Deutschland ohne feste Stütze sei, gehe schon daraus hervor,  
daß sie sich „in ein demokratisches Gewand kleide“ und  
Lösungen ausbeute, an die sie natürlich selbst nicht im ent-  
ferntesten glaube. Die Arbeiter hätten hinter dieser Maske  
das wahre, das monarchistische Gesicht der neuen Re-  
gierung sofort erkannt, und der Kampf gegen sie habe bereits  
begonnen: die Streikbewegung greife immer weiter um  
sich, im Ru seien die arbeitenden Klassen ganz Deutsch-  
lands auf ihren revolutionären Posten erschienen. Aber  
sogar die nicht-sozialistischen Parteien, soweit sie in der  
alten Regierung vertreten waren, hätten sich jener ange-  
geschlossen. Die Stimmung der Truppen lasse sich wohl noch  
nicht als gefestigt bezeichnen, aber es sei Hoffnung vorhanden,  
daß die Revolution sich auch auf die benachteiligten Kreise  
des Volkes ausbreiten werde“. Die neuen Männer würden  
den Weg wieder freitreiben oder des Bürgerkrieges gewärtig  
sein müssen. Die Sozialisten, wenn sie auch noch nicht auf  
der Bildfläche erschienen seien, hätten doch schon Di-  
rettiven (Hinweise) aus Ausland empfangen, indem die ge-  
achteten bolschewistischen Publizisten von Schläge Karl  
Ludwigs sich keilten, aller Welt zu verkünden, daß die  
deutsche Gegen-Revolution den „Prolog der sozialen  
Revolution“ überhaupt bedeute, den „Anfang der dauernden  
Diktatur des Proletariats“, und sogar von der Möglich-  
keit sprächen, daß der russischen Revolution russischerseits  
militärische Hilfe erwiesen werden könnte! Die „Unabhängi-  
gen“ hätten den am 13. Januar d. J. auf eigene Hand  
unternommenen „Putsch“ gegen die alte Regierung wohl

verspielt (siehe weiter unten: „Zerfegung — Zerbrechung“), aber heute würden sie angefaßt der dem gesamten Sozialismus drohenden Gefahr gewiß mit ihr zusammengehen und den gemeinsamen Feind zu bekämpfen wissen. — Die russische (bolschewistische) Presse jubelt über die jüngsten Geschehnisse in Deutschland und bezeichnet sie als den „Anfang vom Ende“, d. h. vom Ende der bestehenden bürgerlichen Ordnung in West-Europa, die auch in dem Koalitions- (Verhandigungs-) Ministerium der deutschen „demokratischen“ Republik mehr oder weniger fest verankert zu sein scheint. Im Grunde genommen, sei dieses Ministerium aber ein Zwitzer gewesen, das weder ausgesprochen reaktionär, noch revolutionär habe wirken können, weswegen es auch bald von links, bald von rechts verbannt worden sei. Nur der vollständige Sieg des Proletariats, die „Diktatur“ desselben, werde eine Regierung zeitigen, die dem deutschen Volke die „Erzwingenschaften der Revolution“ für ewige Zeiten sichern dürfte. — Wie die bürgerliche („bourgeoise“) Presse Deutschlands die Umwälzung in Deutschland beurteilt, wissen wir noch nicht, da, wie schon gesagt, aus deutscher Quelle bisher keinerlei Mitteilungen über sie hierher gelangt sind: Anzunehmen ist aber, daß sie auf die alldeutschen Kreise das deutsche Volk dem gewaltsamen Eingriff in die neugeschaffene, verhältnismäßig ertägliche innerpolitische Lage ablehnend gegenübersehen dürfte, aus Furcht vor der Verwüftung, die der durch die Umwälzung heraufbeschworene Bürgerkrieg unweifelhaft in dem Lande vorzuführen würde, das ja ohnehin an den drückenden Verhältnissen schwer zu tragen hat. — Was aber das Ausland anlangt, so weiß man bisher auch noch nichts davon, wie es die gegenwärtige Lage in Deutschland beurteilt. Nur soviel ist bekannt, daß die französische öffentliche Meinung für ein energisches Eingreifen in die drohenden Wirren ist, um den Feuerfaden zu lokalisieren, der beim Nachbar ausgebrochen ist und das eigene Haus in Mitleidenschaft ziehen könnte. General Foch soll nach Mainz gereist sein, um hier mit dem Oberbefehlshaber der französischen Okkupationsstruppen diesbezüglich das Nähere zu besprechen.

Die östliche (russische) Presse ergeht sich in allerhand Erklärungen des über Deutschland hereinbrochenen neuen nationalen Unfalls. Sie findet deren viele, die alle natürlich einiges für sich haben. Bedarf es aber eines solchen Aufwands an Scharfsinn und logischer Beweisführung? Genügt nicht vielmehr die einzige Erwägung, daß eine Nation, die solche Schmach hat über sich ergehen lassen müssen, wie es der Versailler Friedensvertrag für das deutsche Volk bedeutet, früher oder später, wenigstens in einem ihrer des Patriotismus noch nicht ganz entrandeten Teile, der Versuch wagen mußte, vor aller Welt zu bekunden, daß die Ehre Deutschlands trotz aller Verwundung und Verunglimpfung nicht aufgebört hat zu sein, sich so oder anders

geltend zu machen ein Recht hat und, koste es was es wolle, sich zu behaupten weis? Selbst der Bismarck kränkt sich, wenn er getreten wird, und Deutschlands Söhne sollten nicht das benutzte Verlangen haben, dem Untergang in nationaler Erniedrigung den Untergang im offenen Kampfe wider alle inneren und äußeren Bergewaltiger vorzuziehen? Nicht Abenteuerlust, nicht Rombdiantentum, auch nicht Verfriedigung des Eigenquits sind die Triebfedern des Handelns der Männer vom Schlage eines v. Tirpitz oder eines v. Lutendorff, und erst recht nicht das Bestreben, der gestürzten Dynastie zur Wiedererlangung des Thrones zu verhelfen, sondern gewiß nur das Bewußtsein der Pflicht gegenüber den Stammesgenossen und die Liebe zum Vaterlande, die ihres guten Namens in schnellster Weise beraubt, den Weg finden müssen, auf dem sie wieder zu ihrem einstigen Ansehen gelangen könnten. Ob der richtige Weg ist, den die neue deutsche Regierung dem deutschen Volke weist, oder ob es ein Irrweg ist, darüber wird die Zukunft entscheiden. Der gute Wille ist jedenfalls vorhanden, und den sollte man achten, gleichviel ob man monarchisch, republikanisch oder international gesinnt ist. Hoffen wir das Beste, wenn auch das Schlimmste zu befürchten ist!

### Zur politischen Lage.

Georgien ist eine schwere nationale Kränkung widerfahren: Der „Oberste Rat“ hat es für besser befunden, Batum, statt jenem zurückzugeben, in eine freie Stadt zu verwandeln, die mit einem schmalen, angrenzenden Bundesstrich gewissermaßen einen eigenen Staat, unter Kontrolle des Völkerbundes, bilden soll! Das Batumer Gebiet soll okkupiert bleiben, nur daß die vor einiger Zeit hierher entsandten georgischen Truppen sich auch fernerhin in ihren augenblicklichen Stützpunkten werden aufhalten dürfen, da sie ja mitbin die Ordnung im Lande zu fördern vermöchten. Gegen diesen Beschluß, der bereits am 24. Februar d. J. erfolgt ist, aber erst jetzt von der georg. Regierung bekannt gemacht worden ist, protestiert das ganze georgische Volk, vor allem das Arbeiterproletariat, welches sich denn auch durch das Bollzugsomitee der professionellen Verbände Georgiens unter anderem an das „Internationale Büro der prof. Verbände“ und an die „Sozialistische Internationale“ mit einer entsprechenden Kundgebung gewandt hat, diese Institutionen zugleich um ihren Beistand ersuchend — gegen die „Rewegaltung“ des jungen Georgiens durch die Regierungen der Großmächte, und welches außerdem am vorigen Freitag in Tiflis eine Montredemonstration vor dem Palais, in welchem die Regierung und die Grundgesetzgebende Versammlung ihre Sitzungen abhalten, veranstaltete, um ersterer zu energischem Widerstand gegen die Entente anzuregen, hauptsächlich

aber um der ganzen Welt zu beweisen, wie schwer das zugefügte Unrecht auf dem georgischen Volke läge. — Der georg. Kriegsminister Lorkhandse ist nach Rasbel gefahren, wo seine Gegenwart dringender erwünscht ist, da die bolschewistische Gefahr, die vom nord. Kaukasus her Georgien droht (Armauir, Platigorst und Georgiens) sind von dem B. bereits eingenommen, ganz besondere Spürmasnahmen erforderlich, über deren Umfang der Kriegsminister sich an Ort und Stelle Klarheit verschaffen will. — Über die jüngsten Ereignisse in Deutschland haben wir bereits an anderer Stelle (s. Leitartikel) berichtet. In Ergänzung dessen sei hier noch bemerkt, daß der Bürgerkrieg vielerorten schon zahlreiche Opfer an Menschenleben gefordert hat, ferner, daß die holländische Regierung die Überwachung des Ex-Kaisers Wilhelm II. auf Betreiben der Verbandsmächte verhängt hat. — Die Spaltung im Zentrum, die vor einiger Zeit von der deutschen Presse gemeldet wurde, aber in der verhängelten Wiedergabe dieser Mitteilung durch die hiesige Telegrammen-Agentur kaum jemand verständlich erschienen sein dürfte, findet in den letzten in Tiflis aus Deutschland eingetroffenen Zeitungen ausgiebige Beleuchtung und Beurteilung. Ihnen entnehmen wir nachstehende Angaben: „Die starke Opposition des bayerischen Fraktions im Zentrum gegen das Drängen nach dem Einheitsstaat hat im Anschluß an die Sturm-Debatten in Bayern, während welcher alle ranphastesten bayerischen Zentrumsführer ihre Mißtrauen gegen das Reichszentrum und besonders gegen den Reichsfinanzminister Erzberger auszusprechen, zur völligen Trennung des bayerischen Zentrums von der Reichszentrumsparlei geführt. Die Folge davon mußte das Ausscheiden der bayerischen Zentrumsabgeordneten der Nationalversammlung aus der Zentrumsfraktion sein. Vergebens waren alle Bemühungen, den klaffenden Spalt im Zentrumsraum zu fitteln. Die Spaltung war da! Die bayerischen Zentrumsabgeordneten haben in einer von 12 Mitgliedern besuchten Sonderberung gegen 1 Stimme beschlossen, als selbständige Fraktion aufzutreten. Auch in Bayern selbst werden Veränderungen im Zentrum in der Richtung inschärferer partikularistischer Radikalisierung (Trennung nach Einzelstaaten) stattfinden. Ohne Zweifel ist in Bayern der Partikularismus und die Feindschaft gegen Berlin stärker als jemals vorher.“ Daraus werden darum noch ernstere Bewwicklungen entstehen, weil das bayerische Zentrum („Bayerische Volkspartei“) in Bayern die stärkste Partei ist und weil die übrigen Parteien in der Frage des Einzelstaates nicht genügend geschlossen sind, um eine feste Mehrheit verbürgen zu können, usw. Wie man sieht, hat die Spaltung in den einzelnen Parteien (vgl. weiter unten: „Zerlegung — Zerfegung“ und „Kommunisten gegen Unabhängige“) nicht nur die Sozialisten verstimmt, sondern auch die gemäßigteren Stützen der nummehr gelähmten Regierung (Koalitionsministerium) und sie würde früher oder

## Für Herz und Gemüt.

### Im Kaukasus.

Rings Felsen, nach, getaucht in Blut,  
Ein Saumpfad durch Gerölle, —  
Und in den Wäldern lodt das Blut,  
Als ging's es durch die Hölle.  
Es ist Mittagszeit. Mein Mantel lodt.  
Am Gannem lebt die Junge;  
Entgegen und ein Barren löst,  
Davor ein kleiner Jung.

Und oben auf, ganz sonnverbraunt,  
In notgebleichtem Haare,  
Ein Mann, den einmal ich gekannt —  
Das ist das Sonderbare.

„Halt! Welcher Truppenteil heist hier?“  
— Die sechste Regalonne. —  
„Was fehlt dem Mann?“ Schwer schneidest mein Tier:  
— Der Hunger und die Sonne! —

Der Kranke schlägt die Augen auf  
Und lächelt deutsche Laute,  
Da schon ich im Gedankentaus  
Das Heimatkort, das traute.

„Du, Fritz!“ Befend ich springe ab,  
Da hüt er hinterüber.

Dann schaukeln wir ein süßes Grab,  
Besteht von Durst und Fieber.

Und als wir ihn zur Ruh' gebracht  
Im Kaukasus, im Fernen,  
Da lag es nur die kalte Nacht  
Mit ihren ew'gen Sternen.

Die Truppe, Bettlern gleich, in Schmerz  
Stand hüter in der Runde. —  
Und was gefüllt da jedes Herz,  
War Schweiß und Fluß zur Stunde.  
Erl. 3/1. 1920. R. u. D. Dir.

### Halbmaist geflaggt.

Eine nordische Geschichte von Manfred Ryber  
Charlottenburg.

(1. Fortsetzung.)

Im Dorje hieß Fred Runderl der Sonderling. Das Klingt so komisch, und nur für den, der einer ist, hat es einen etwas häßlichen Beigeschmack, ungefähr so bitter wie Salze. Aber wenn man ein Sonderling ist, kommt ja darauf nicht mehr viel an und so kümmerte sich der Sonderling auch sehr wenig darum. Er kam auch selten ins Dorf, denn er sah meist zu Hause über den Büchern oder er schrieb. Näheres wußte man nicht darüber, denn die Frau von Riels Jensen sagte gar nichts und das kam daher, weil sie überhaupt fast nie sprach. Das aber kam

wieder von ihrem Mann, denn Riels Jensen sagte auch fast nie etwas und wenn er doch einmal etwas sagte, dann sagte er: „Ach, verflucht!“

So erfuhr man denn gar nicht, wie's innen bei dem Sonderling zugeht, und man mußte sich schon daran halten, was außen zu sehen war. Da war aber wirklich etwas sehr Komisches: an der kleinen, hübschen Landungsbrücke, die weiß gestrichen war, lag ein großes Segelboot vertaut und das Segelboot hatte keinen Namen an Bug und auch sonst nirgend, wo man denn doch zu verneht, wo es hatte immer und immer Halbmaist geflaggt. Dabei weiß doch der dümmste Schifferbus, sobald er lesen lernt, daß ein jedes Boot, wenn es auch noch so klein ist, Namen und Heimort tragen muß, mag es nun nach irgend jemand heißen, der auch so heißt, vielleicht „Dibbi Jensen, Lykkeborg“ oder auch nur ganz einfach und bloß so „Hilnemarie, Korsör“. Das mochte nun noch hingehen, aber die Flagge auf Halbmaist, die schon Flagge mit den drei bänntigen Löwen — das war denn doch zu verneht, wo hoch auch jeder Schifferbus weiß, daß „Halbmaist geflaggt“ Trauer bedeutet, und wer läßt denn ein so lustiges Segelboot, das so schänt wie ein Mädel gebaut ist, tagaus tagein in Trauer über Wälder liegen und bist auch dann, wenn's mit dem Kiel über die Fluten tanzt, die Flagge nicht hoch bis ans Köppchen hinauf? Das wußte der Sonderling nicht mal — und konnte doch segeln und war das, von Kopentagen, wo die Schiffe aus aller Orten Anker ein- und auslaufen, daß niemals Ruße wird im blauen Sund! Vielleicht kostete es der Sonderling

später zu ersten inneren Kämpfen geführt haben, die den konterrevolutionären Absichten, den „Reaktionären“, die Ausführung der offenbar von langer Hand vorbereiteten „Gegenrevolution“ bedeutend erleichtert hätten. Diese Erwägung kommt heute aber nicht mehr in Betracht, weil die monarchistische Bewegung vor der Zeit eingestuft hat und die drohenden Komplikationen auf Seiten der Regierun- gsparteien mit einem Schlage in das Gegenteil, d. h. die Vereinigung der heterogenen (einander entgegengesetzten) Elemente zum Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, die Monarchisten, verwandelt zu haben scheint (vgl. hierzu d. Leitartikel: „Zur politischen Umwälzung in Deutschland“). — Über die Mätkere der Kriegsgefangenen der vier ver- bundel gemessenen Zentralmächte ist aus deutschen Zeitungen zu ersehen, daß sie nach folgendem Plan, der im französi- schen Ministerium der öffentlichen Arbeiten angefertigt worden ist (mit Hinzuziehung deutscher Vertreter), bewerkstelligt wer- den sollte: 7 deutsche Jüge, die jeder 1000 Mann trans- portieren, werden täglich gestellt. Die 30 000 aus dem Innern Frankreichs werden durch die Schweiz heimgeschafft, die auf französischen Inseln Internierten zur See, und zwar fast ausschließlich auf deutschen Schiffen. 2500 öster- reichische Gefangene werden in Lyon gesammelt und durch die Schweiz heimgeschickt, die 1000 Türken und 8000 Bul- garen über Marseille zur See. In längstens 6 Wochen muß der ganze Heimtransport beendet sein. Die ersten Gefangenengänge haben bereits Mitte Januar die deutsche Grenze passiert, und dürfte somit auch der letzte Gefangen- zu Hause angelangt sein, noch ehe die „Gegenrevolution“ be- gann. Es ist dabei nicht ausgeschlossen, daß der Anbruch der- selben bis zur endgültigen Rückkehr der Kriegsgefangenen hinausgeschoben wurde. — Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht einen Artikel des hervorragenden englischen liberalen Poli- tikers Arthur Ponsonby, welcher erklärt, weshalb sich in der letzten Zeit (über 1 Jahr) eine so überraschende Wandlung in der britischen öffentlichen Meinung gegen den Verfall der Frieden, den „Nachfrieden“, vollzogen habe. Die Engländer seien aus dem wüsten Kriegszustand erwacht. Sie hätten die Verblüffung überstanden, in die die fortgesetzte Gewalt- tätigkeit sie versetzt hatte. Jetzt sehen sie, daß der militä- rischen Sieg ihnen keinen Nutzen gebracht habe: „Sie be- greifen, daß dieser „Krieg für internationale Gerechtigkeit“ allen früheren Kriegen aus- überlegen sei, und mit einem Gefühl von Scham haben sie die aggressiven Absichten ihrer Bundesgenossen erkannt, als deren Staatsmänner gierig über die Beute des Sieges herrschten.“ Er erblicke eine haarscharf sinnliche oder befriedigende Lösung auch nur eines der großen europäischen Probleme, vielmehr sei die Saat mancher Zukunftsrisse ausgesäet worden. „So fangen wir Engländer an, uns allmählich die Frage vorzulegen, ob wir nicht gegen den unrichtigen Teil gekämpft haben, als die Deutschen, die Österreicher, die ungarischen und die

bulgarischen Bauern und Arbeiter unsrer Feinde waren. Es besteht ein Grund für die Hoffnung, daß Großbritannien sich noch erheben wird zur hohen Verantwortlichkeit seiner Machtstellung, daß es noch den richtigen Weg finden wird, um Gerechtigkeit, Erfüllung und Frieden zu schaffen, durch eine gründliche und praktische Abänderung der Verträge, die in Paris von Männern verfaßt worden sind, deren aus- schließlichige Beweggründe Rache und Triumph waren.“ — Aus Wien wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: „Der Staatskanzler v. Renner sprach in einer politischen Ver- sammlung über die innere und äußere politische Lage Österreichs und dabei über den Anschluß an Deutschland. Er sagte u. a.: „Österreich muß über den heurrigen Som- mer der Entbehrungen hinwegkommen und seine Gedan- ken der Erlangung der Arbeitsfreiheit zuwenden. Wir werden freie Hand bekommen nach außen, bis wir einen ständigen Anschluß an Deutschland erreichen (räumlicher Befreiung) und uns dauernd den Werken der Kultur und des Friedens zuwenden können. Das deutsche Volk wird er- stehen und herrlicher dastehen als je im Kranze der Völ- ker.“ Dann sprach der Staatskanzler über die sorgenvolle finanzielle Lage, welche die Frage nach einem Ausweg nahe lege. „Der Anschluß an Deutschland, der unser erster Ge- danke war, ist zunächst nicht durchführbar. Wir müssen den Weg der Verständigung mit den nächsten Nachbarn suchen, mit den Tschechen und den Ungarn im Süden. Die un- geordneten Verhältnisse in Ungarn verhindern, daß der Weg zur Verständigung nicht zuerst über Ungarn gng. Nach Erledigung der waltungswirtschaftlichen Frage gehen wir auch nach Budapest.“ —

**Verhegung — Zerfegung.**

Bei den Unruhen vor dem Reichstagesgebäude (in Berlin am 13. Jan. d. J., die auch von der „Unabhängigen“ (Sozialdemokraten), nicht, wie wir feinerseit, gestiftet auf eine diesbezügliche Meldung der Georg. Tel.-Agentur, irrtümlich berichtet haben, nur von den „Spartakern“ angezet- telt worden waren, sind, wie wir der uns nachträglich zu- gegangenen Nr. 26 des „Vorwärts“ (Zentralorgan der so- zialdemokratischen Partei Deutschlands) vom 15. Januar entnehmen, 42 Tote und 105 Verwundete gezählt wor- den. Die Sicherheitswache hatte 8 Schwere und 5 Leicht- verletzte und einen Toten zu beklagen. Zwei Beamte wa- ren in die Spree geworfen, aber gerettet worden. — Da anzunehmen war, daß die Parteigenossen der Demonstra- tionskämpfe sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen würden, die Verdrigung dieser zu einer politischen Kundgebung großen Stils auszugestalten und gleichzeitig bei diesem Anlaß für ihre politischen Zwecke Resonanz zu machen, so hatte die Regierung mit allen Mitteln dafür Sorge getra- gen, daß die Verdrigung ohne Sang und Klang stattfand.

Der sofort erklärte Belagerungszustand hatte hierzu die beste Handhabe geboten. — Interessant ist der Bericht über die erregte Sitzung der Nationalversammlung am 14. Januar, auf welcher der Preussische Minister des Innern seine in längerer Rede sich gegen die von den U.S.-so. erhobene Verdrigung, die Regierung selbst habe den Strafamtspfand provociert, indem sie ganz „unödiungsweise die Sicherheitswache veranlaßt habe, auf die „friedliche“ Menge zu schießen, mit Erfolg verteidigt und dabei den mißglückten „Putz“ in seiner ganzen beabsichtigten Trag- weite als „Kontor-Revolution von links“ eingehend beleuch- tet hat. Leider erlauben es uns die beschränkten Raum- verhältnisse nicht, diesen Bericht wiederzugeben, auch nicht einmal im Auszuge; dafür sei uns aber gestattet, die Ver- se mit dem Leitartikel in derselben Nummer des „Vor- wärts“ bekanntzumachen, der, unter der Überschrift „Ver- hegung — Zerfegung“, Betrachtungen enthält, die deutlich erkennen lassen, welchen Gefahren die Regierung Ebert — Bawer — Noste von Seiten der ihnen gesellverwandten sozialistischen Minderheit, d. h. der „Unabhängigen“ und der noch weiter linksstehenden Kommunisten bezw. „Spar- taker“, ausgesetzt war, ehe noch die „Kontor-Revolution von rechts“ ausbrach, die sie zur Flucht aus der Hauptstadt (nach Dresden) veranlaßt hat und ihr weiteres Schicksal wie das des Landes überhaupt in bedenklicher Weise bedroht.

Wir geben im Nachfolgenden den betreffenden Arti- kel unverändert wieder:

Die Rede, die der unabhängige Fraktionsvorsitzende Henke gestern (14. 1.) in der Nationalversammlung hielt, lief letzten Endes darauf hinaus die Regierung hätte keine Maßnahmen zum Schutz der Volksvertretung ergreifen sollen, dann wäre auch nichts passiert. Dazu ist zu be- merken, daß die Nationalversammlung, wie jedes Parla- ment, wie jedes öffentliche Gebäude in der Welt, ständig von dem Eindringen Unruhmener gefährdet wird, sonst könnte jeder ungeladene Gast die Arbeit, die im Hause geleistet werden muß, stören. Je nach den zeitlichen Um- ständen wird der Schutz verstärkt, z. B. auch an großen Ta- gen, an denen ein starker Andrang von Neuzugern zu erwar- ten ist. Für den Dienstag war (13. 1.) eine Massenver- sammlung des unabhängig-kommunistischen Anhangs ange- sagt, die sich gegen die Mehrheit der Nationalversammlung rich- tete. Im Vorjahr ist in München der Landtag, in Berlin das ganze Zellungsquartier von Kommunisten und Unab- hängigen erlitten und tagelang wochenlang besetzt worden. Nur mit Gewalt und schweren Blutopfern konnte der Rechtszustand wiederhergestellt werden. Wohin hätte wohl die Regierung gehört, bis unter solchen Umständen, nach solchen Erfahrungen das Sitzungsgelände der Volksver- tretung ohne Schutz gelassen hätte? — Die unabhängige und kommunistische Parteileitung hatte alles getan, um ihrer Demonstration gegen die Volksvertretung einen feindseligen und bedrohenden Charakter zu geben. Sie hat alles zu tun unterlassen, um die Kundgebung in ruhige, geordnete Bahnen zu leiten. Am 13. Januar war noch kein Belage- rungszustand. Es war nicht notwendig, die Demonstration im Dunkeln vorzubereiten und sie als einen Überraschungs- streich wirken zu lassen. Die Veranstalter konnten die Be- wegung in vollem Tageslicht organisieren, Plätze bestimmen, um denen aus die Redner sprechen sollten, Ordner stellen, um Ausschreitungen zu verhindern, eine Parole zum ge- ordneten Ausschmarsch ausgeben. Sie konnten sich, ohne in- geringsten Gefahr zu laufen, mit den Vorführern verständigen um einen glatten Ablauf der Kundgebung zu sichern, und sie hätten bereitwilligste Entgegenkommen gefunden. Der Volkspräsident, Genosse Eugen Ernst, besitzt bekanntlich in der Veranstaltung von Massenunternehmungen eine gewisse Erfahrung, und darum ist es auch nie vorgekommen, daß unter seiner und anderer erfahrener Genossen Leitung die Massen führerlos geliehen und schließlich die Entscheidung über ihr eigenes Schicksal in die Hände des Mobs ver- loren hätten. Eine planmäßige Organisation der Kund- gebung im Einverständnis mit ihm hätte jeder Ge- fahr für Menschenleben vorgebeugt. — Aber ver- antwortliche Beteiligung der Führer, Stellung von Rednern und Ordner, Abgabe einer Abmarschparole, Ver- ständigung mit den Vorführern — nichts von alledem geschah. Was es nicht die böse Absicht, dann trägt die bodenlose Unfähigkeit der neuen Ordnen in der Führung der Massen — jene Unfähigkeit, die sich bei der Führung der Streiks in ebenso verhängnisvoller Weise erwiesen hat — die Schuld an der Katastrophe, in die sich die linksradikale Bewegung

auch und tat es trotzdem — nun, dann war er erst recht verdrigt, so verdrigt, wie nur ein Sonderling sein kann. Jedenfalls war's nur die Verdrigtigkeit, denn Weisheit mußte er doch damit wissen, beinahe noch besser als Niels Jensen, wenn man das natürlich auch Niels Jensen nicht sagen dürfte. Aber immer, wenn Fred Ryndril hinausge- gelle, dann hieß es im Dof: der Sonderling ist in See, es gibt Sturm! Und richtig, kaum hatte man's gesagt, so zogen auch schon die ersten Wollen von Engen herauf oder von Jüner oder sonst woher und der Wind piff durch die Nase, daß die Schwimmlorte aneinandererschlugen. So genau merkte der Sonderling den Sturm und man konnte sich ebenso genau darauf verlassen, denn er segelte nur hinaus, wenn's Sturm gab — was natürlich auch ver- dreht war. Aber das war wenigstens eine nützliche Ver- drehtigkeit, und wenn die Postierte, holte man jogleich die Nase ein und zog die Woste weit ans Ufer über den Sand. Bei schönem Wetter aber sah der Sonderling meist zu Hause über seinen Büchern und Manuscripten und dann tomten sich die Mädchen und Jungen, wenn sie vorbeikamen, alles hüßlich von außen befehen, das Haus und den Garten — wenn man Glück hatte, sah man auch mal den Rater — und auf der Landungsbrücke klet- terte man herum oder sprang sogar ins Wdöt und wippte drin. Man brauchte gar keine Angst zu haben, der Son- derling kam nicht heraus, bewahre! Der verstand ja nichts von der Sonne. Die Sonne aber schien heute grad so schön, es war die richtige Frühlingssonne und die Mäd- chen und Jungen, die auf der Landungsbrücke herumklet-

terten, hatten Sträuße von Schneeglöckchen in der Hand. „Du, Karin, hol die Fahne hoch!“ schrien die Jun- gen. Karin Boyne hatte blaue Augen und goldnes Haar, von jenem Goldblond, das nur der Norden seinen Kindern schenkt. Außerdem aber war sie die Tochter des Lehrers und hatte als solche ihrer Bildung wegen ein gewisses Ubergewicht über die andere Dorfjugend. Diese führende Stellung hatte sie auch wohl veranlaßt, von der Landungs- brücke ins Segelboot zu springen, wo sie, die Hände am Bootstrand, versuchte, das Ding ins Schaulen zu bringen. Der Segler war aber recht groß und so gelang ihr's nicht, so-lehr sie sich auch mühte, daß ihr das Blondshaar jenseits übers Gesicht herunterhing. „Karin Boyne, hol die Fahne hoch!“ johlten sie von der Brücke. Karin Boyne lagte und richtete sich auf. Dann strich sie die Haare aus der Stirn und noch etwas vorläufig und schen griff sie ins Taktelwerk und zog an der Leine, daß die Flagge sich bewegte. Auf der Brücke jubelte man: „Hochziehn, Karin Boyne, hoch!“ Da tat sich die Kajütentür auf und der Sonderling trat heraus. Karin Boyne lies entsezt das Seil fahren und schlug die Hände vors Gesicht. Die auf der Brücke verharrten in namenlosem Grauen. Wer hätte das auch ahnen können — Gott, wie furchtbar! Wenn er sie nur nicht schlachtet! — Ob man um Hilfe rief? (Fortsetzung folgt.)

blutig verwickelt hat. Diese Unfähigkeit und dieser Mangel an Verantwortungsgesühl haben schließlich zu einem Schauspiel geführt, das unerfört ist in der Geschichte der Arbeiterbewegung: Während die Massen vor die Maschinengehebre geschickt wurden, lassen die Führer, die unabhängigen Abgeordneten, hinter den Maschinengehebre! Aus allen Betrieben kommt nun die Nachricht, daß die Embrörung über die Gewissenlosigkeit dieser Führung hohe Wellen schlägt. Die Embrörung ist begründet. Denn mindestens neun Zehntel aller Demonstrationen hatten gar keine andere Absicht, als in friedlicher Weise zu demonstrieren — ob sie alle genau wußten worin, darüber mögen sie selber nachdenken. Das gerraltigste Vergehen eines Zehntels oder eines noch kleineren Teils, der gar nicht aus schaffenden Arbeitern bestand, hat die Abwehr der Schwünge erzwungen; durch eine Häufung ausgehungerter Infanterie gerabezu erpreßt. Dann folgen die Kugeln, die, wie es in solchen Fällen nicht anders sein kann, seinen Unterschied machen konnten zwischen Schuldigen und Unschuldigen. Wenn die Verantwortlichen diesen Ausgang nicht vorausgesehen und nicht gewollt haben, dann kann ihnen nur gesagt werden, daß sie von solchen Experimenten ihre Finger hätten lassen sollen. Für ihr plummes Spiel sind Arbeiterleben zu kostbar. — Und jetzt? Jetzt herrscht wieder einmal der Belagerungsstand! Ihn aufheben, war das erste, was die Sozialdemokratie im November 1918 tat. Da kamen die Januar- und Märzputsche. Raum war ein wenig Ruhe eingetreten, so forderte die Sozialdemokratie abermals die Aufhebung des Belagerungsstandes — der „Vorwärts“ tat es zweimal täglich — und feste sie schließlich auch durch. Raum war der Belagerungsstand aufgehoben, da kam der Putsch gegen die Nationalversammlung vom 13. Januar 1920 — und jetzt ist er wieder da! Für wie lange — wer weiß es? Die Gegnerchaft gegen ihn ist schadenhaft geblieben. Jedesmal, wenn die Sozialdemokratie seine Aufhebung durchsetzt, erzwingen die Unabhängigen und Kommunisten seine Wiedereinführung. — Jetzt diskutiert man in kleinen Zirkeln über die Zweckmäßigkeit der unabhängig-kommunistischen Politik und ihre Erfolge. Die Zerlegung frist wieder. Bedenkt Ihr's? Wo sind Bernstein, Rautsch, Ströbel, Rehröder, Herz-Altona und viele andere, die vordem gute Besen waren? Die Intelligenzen ziehen sich fluchtartig aus der sinnlos gewordenen Bewegung zurück. Die Massen werden ihnen folgend.

### Kommunisten gegen Unabhängige.

Im Zusammenhang mit dem vorhergehenden Artikel („Berhebung — Bersehung“) ist auch ein Aufsatz, der sich unter obigen Titel in derselben Nummer des „Vorwärts“ (16. 1.) findet, von Interesse, da er die Zerlegung innerhalb der äußersten Linken besser kennzeichnet, als es irgend ein bürgerliches (nicht-sozialistisches) Presseorgan hätte tun können. Er sei hier unverfälscht wiedergegeben:

„Genosse Heine (gemeint ist der Preussische Minister des Innern. — Die Schrift) hat in der Nationalversammlung die vorläufige Seite, nicht mehr verbreitete Nummer der „Freiheit“ zitiert. Die zugleich erschienene, vom gleichen Schicksal ereilte „Note Fahne“ ist nicht minder interessant. Sie gibt zu, daß erst Soldaten entwaffnet wurden, bevor die letzten Schüsse fielen, behauptet aber, die Massen seien dadurch erregt worden, daß sich die Soldaten überflüssigerweise in die Menge begeben hätten.

In einem Aufruf der R. P. D.\* wird aufgefordert, sofort, noch am Mittwoch (14. 1.) vormittag, überall in den Betrieben revolutionäre Betriebsräte zu wählen. In einem Leitartikel, in dem dieses Thema weiter behandelt wird, wird gegen die Unabhängigen der Vorwurf erhoben, daß sie die Dienstag-Demonstration allein öffentlich angeleitet und damit die Kommunisten Altruisten hätten.

„Engbrügger Parteitag der U. S. P.\*\*) glaubte die große Bewegung... auszunützen zu können in ein unabhängiges Parteigeschäft. So hat es ein kleiner Kränzel von Parteigeschäftsmachern für angebracht gehalten, mit diesem Aufruf zur Demonstration auch die R. P. D. zu über-

raschen, \*mit dem man sich zuvor auf möglichste Gemeinsamkeit der Aktionen verständigt hatte. Wenn die paar Führerchen, die das für angeeignet gehalten haben, glauben, damit der Partei genützt zu haben, so glauben wir andererseits zu wissen, wie die Massen auch der unabhängigen Proletkater darüber denken.“

Es wird dann weiter heftige Kritik daran geübt, daß die Unabhängigen nur eine Parole des negativen Proletes ausgegeben hätten. Das sei ein Beweis, daß die Köpfe der Unabhängigen noch völlig benommen seien vom „parlamentarischen Kretinismus“ \*).

Nicht minder interessant ist ein Artikel gegen Ledebour, der als „Revolutionsschmeißer“ erbarmungslos verhöhnt wird. In diesem Artikel, der aus der Feder Kadelts zu stammen scheint, wird ausgeführt, daß die Zentrale der R. P. D. von der Aktion Ledebours schon am 8. Januar 1919 abgerichtet sei, indem sie beschloß, ihre Vertreter aus der Körperchaft der revolutionären Oblitus zurückzuziehen. Wegen innerer Widersprüche sei es leider erst am 10. Januar möglich gewesen, diesen Beschluß durchzuführen. Die „Note Fahne“ fährt dann fort:

„Als wir als die Putschisten im Reiche herumgebrüllt wurden, die alles verschuldet haben: da war keiner von den Unabhängigen, der deren Teil Verantwortung getragen hätte. Da freute man sich dessen, daß wir die Kosten zu tragen hatten, daß wir verfolgt und verpöbelt wurden, daß uns die Gewalt traf und sie nicht. Da war keiner mehr stolz auf die Januarthaten, da wollte keiner den Glorienhahn, nach dem Ledebour heute wieder gierig greift. Und sogar gibt es Derschastler in der U. S. P., die heute, wo die U. S. P. groß geworden ist, infolge der Verfolgungen, die uns getroffen haben, sich gefällig auf feiste Parteibuchstaben klopfen, mitteilidig, verächtlich, höhnlid auf uns herunterblicken und sagen: Wir haben's geschafft. In solche würdige Ausruhm der Hölischen Terrors gibt es in der U. S. P., und wir wollen Georg Ledebour die Namen nennen, wenn er sie wünscht.“

Man kann sich danach vorstellen, wie liebenswürdig sich die Diskussion zwischen Kommunisten und Unabhängigen gehalten wird, wenn man sich den jetzt angerichteten Schaden bestreht.“

### Deutschland, hilf dir selbst!

Von Dr. Bernhard Dernburg.

(Schluß.)

Diese Arbeit kann nicht zustande kommen ohne eine Verschlingung zwischen den produzierenden Ständen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern. Beide müssen nachgeben im Vaterlandinteresse, die Funktion des Kapitals und die Notwendigkeit seiner pfléglichen Behandlung im Interesse des Produktionsprozesses muß anerkannt werden; für Klassenkampfpolitik und programmatische Eigeninn ist jetzt nicht die Zeit. Die persönliche Mitarbeit der Arbeitnehmer muß gewonnen werden durch eine vertrauensvolle Mitarbeit am Produktionsprozeß und an seinen Früchten. Das Verständnis für die Voraussetzungen, unter denen allein eine rationelle Erzeugung und Verteilung unter Berücksichtigung der Anforderungen des Auslandes stattfinden, muß planmäßig anerkannt werden. Dazu sind am besten die Arbeitsgemeinschaften imstande. Der Ruf: „Auf zur Arbeit!“ ertönt überall. Wer welche Arbeit und wieviel Arbeit? Die Welt hat bisher nicht erheblich mehr Güter erzeugt, als verlangt und verbraucht wurden. Wenn andere Länder nach dem bisherigen Rezept fortfahren könnten, bei uns Deutschen reidit das nicht aus. Wir müssen nicht nur für unseren eigenen Verbrauch arbeiten, sondern noch ungeheure Schulden abarbeiten. Kapital, sie zu bezahlen, ohne unsere Produktivität zu untergraben, haben wir nicht. Der Weltmarkt in der ganzen Welt beweist, daß hinreichend Verbrauchsgüter nicht erzeugt werden, daß im Durchschnitt niemand so viel erarbeitet, als er verbraucht. Weil er mit seinem geliegten Lohn seinen Bedarf nicht decken kann, behält er wertlose Zettel übrig. Geht das so weiter, so wird die Welt anfangen zu verhungern.

Deshalb muß die Arbeitsleistung liberal, bei uns mehr als irgendwo anders gesteigert werden. Ich bin jetzt bereit für einen hygienischen Maximalarbeitsstag einzutreten. Die Voraussetzung war, daß durch eine bessere Ökonomie der Menschkraft auch in kürzerer Zeit das Lebensnotwendige geschaffen werden könne. Geschicht das nicht, bleibt infolge verkürzter Arbeitszeit die Teilung hinter diesem zurück, so hat die Verkürzung keinen Sinn, sie kann nicht aufrechterhalten werden. Nun hat uns die Revolution den Achtstundentag gebracht; er reicht nicht aus, wir sehen es. Wir müssen zusammenkommen, um praktisch zu prüfen: was ist nötig, wie erhalten wir unsere Leibliche; wie unsere nationale Existenz? Wir können von Dogmen nicht satt werden. Der Erkenntnis, daß wir in Deutschland mehr arbeiten müssen als anderswo, habe ich für Abtragung unserer Wiedergutmachungsschuld die Reichsarbeitskunde vorgeföhler. Man hat nicht den Mut gehabt, den Gedanken weiter zu verfolgen, obwohl es an Erkenntnis nicht gefehlt hat. Gelingt es, im Achtstundentag dieselbe Gütermenge wie früher zu erzeugen, und in der Reichsarbeitskunde noch ein Achtel mehr für Abbüdung unserer Kriegsverbindlichkeit, so kommen wir durch, haben wir uns selbst geholfen. Gelingt uns das nicht, so hilft uns alles nichts; wir gehen leiblich, als Wirtschaftskörper, als Nation, zugrunde. Wir haben ein Reichsarbeitsministerium; es ist verpflichtet, diese Reichsarbeitskunde zu prüfen ohne Rücksicht auf Parteistellung oder öffentliche Meinung. Man hat sich feinerzeit zugerufen, daß ich hier ein Opfer hauptsächlich von den Landarbeitern verlange. Nichts ist falscher; freilich die Unternehmer, die geistigen Arbeiter, die Staatsbeamten, die Produzenten, die technischen Oberbeamten brauchen es nicht erst zu bringen. Keiner von ihnen ist bisher, noch wird er in Zukunft mit acht Stunden Tagesarbeit auskommen. Man mache einmal die Augen auf. Vielleicht fragt ein Ungläubiger einmal seinen Reichstagsabgeordneten, wieviel Zeit er täglich in angestrengter Arbeit aufzuwenden hat, um sein Mandat auch nur annähernd auszufüllen. Und dabei gehören sehr viele von den Genannten in Einkommensklassen, die weit unter denen der Landarbeit rangieren. Unsere Arbeiter sind willig, das Nötige zu tun. Wenn es nicht geschieht, liegt es an uns, den Föhrenden, daß wir ihnen diese Notwendigkeit nicht klar machen können. Aber wir dürfen auch nicht feindlich sein und müssen trotz vieler bitterer Erfahrung Vertrauen hegen, denn nur das gewinnt Vertrauen. Wir sind alle Arbeiter an demselben Weinberge unseres Vaterlandes, und wohl mit Recht — manche Forderungen, wie sie zum Beispiel im Betriebsrätegesetz gestellt werden, nicht passen, so darf uns das nicht abhalten, die Arbeitssolidarität herzustellen. Geben wir dem Arbeiter die notwendige Beteiligung am Produktionsprozeß, sichern wir ihn durch Tarifverträge, die durch eine gleichende Skala automatisch den steigenden oder sinkenden Kosten des Lebensunterhalts Rechnung tragen, schützen wir ihn vor Terror, wenn er seiner politischen Überzeugung folgen will, oder wenn er den Vorteil seiner besonderen Gesichtlichkeit durch den Alfordlohn ausnützt, so wird er das Land in seiner Not nicht im Stich lassen. Und gehen wir vor allem den Schieberen und Unredlichen der Großen und Kleinen zu Leibe, die das Land am besten fruchtete seines Fleißes und um sein Ansehen in der Welt bringen. Dann können wir Hoffnungen laufen, Schulden bezahlen und ein bescheidenes, aber auskömmliches Dasein jedem Tägigen verschaffen. Dann haben wir uns selbst geholfen.

Keinem von uns Lebenden, keinem unserer Nachkommen wünschen wir, daß er ein Jahr zu durchleben hat, wie das endlich verstoffene, voll leiblicher und stittlicher Not, Erniedrigung und wiespachtlichen Kampfes. Das Jahr 1920 bringt ja den endgültigen Frieden; aber neben mancher Erleichterung doch viel neue Last und Demütigung. Und so werden wir auch im kommenden Jahre tief in Schattentale zu stürzen haben. Aber wir werden nicht mutlos sein, unsere Parole bleibt: Deutschland, hilf dir selbst, dann sind alle guten und stittlichen Kräfte mit und für uns.

Herausgeber der Z. B. des Verbandes der transf. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee.

\*) „Kommunistische Partei Deutschlands“

\*\*) „Unabhängige Sozialistische Partei“

) Körperliche und geistige Parteipflicht.